

Public Opinion Kurzanalyse zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich und den deutschen Wahlen

Stand 18. August 2009

Kann Sausgruber „Absolute“ in Vorarlberg verteidigen? – In Oberösterreich Pühringer klar voran und Absturz der SPÖ zu erwarten – Über 10 Prozent Vorsprung von Merkels CDU/CSU gegenüber SPD – Deutsche wählen Bundestag und fünf Landtage – 4 CDU-Ministerpräsidenten auf dem Prüfstand

In zwei österreichischen Bundesländern und in Deutschland war die politische Sommerpause kurz. Am 20. September wählt Vorarlberg und am 27. September Oberösterreich einen neuen Landtag.

In Deutschland wird am 27. September der Bundestag neu gewählt, bereits am 30. August stehen Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und in Thüringen auf dem Programm. Gleichzeitig mit dem deutschen Bundestag werden auch die Landtage in Brandenburg und nunmehr nach der vor einigen Wochen erfolgten vorzeitigen Auflösung des Landtages in Kiel auch der von Schleswig-Holstein neu gewählt.

In der Folge eine Kurzdarstellung der Ausgangssituationen für die einzelnen Wahlgänge:

Vorarlberg: Die 54,9 Prozent von 2004 werden von LH Sausgruber nicht zu halten sein – Er kündigt bei starken Verlusten Rücktritt an

In Vorarlberg tritt Landeshauptmann Herbert Sausgruber(63) erklärtermaßen das letzte Mal als Spitzenkandidat bei einer Landtagswahl an. Der Langzeit-Landeshauptmann (seit 1997, zuvor Landesrat und Landesstatthalter – so heißt bei den Alemannen der LH-Stellvertreter seit 1989 – sowie Landtagsabgeordneter seit 1979), der österreichweit als seriöser und fachlich – vor allem in Finanzfragen – höchst beschlagener Politiker großes Ansehen genießt, konnte bei der letzten Landtagswahl 2004 9,1 Prozent dazu gewinnen und mit 54,9 Prozent die absolute Stimmenmehrheit wiedererobern. Die bundespolitische Großwetterlage und Umfragen lassen Verluste unter die 50 Prozent-Grenze erwarten. Sausgruber kündigte daher an, eine klare Mehrheit anzustreben und bei Verlusten im Ausmaß von 10 Prozent zurückzutreten. Ein so starker Verlust ist freilich nicht zu erwarten. Als potentiellen Nachfolger hat Sausgruber den 42-jährigen Markus Wallner designiert, der auf seinen Vorschlag 2006 bereits Landesstatthalter wurde. Die spannende Frage lautet, ob er die absolute Mandatsmehrheit halten kann, die auch mit 47-48 Prozent der Stimmen erreichbar ist. Die ÖVP regiert seit Jahrzehnten in einer freiwilligen Koalition mit der FPÖ. Sowohl die FPÖ, die das letzte Mal fast halbiert wurde und gegenwärtig über 13 Prozent der Stimmen verfügt, als auch die SPÖ, die das letzte Mal mit Zuwächsen von 3,9 Prozent mit 16,9 zweitstärkste Partei wurde, und die Grünen, die bei 10,2 Prozent halten, streben eine Regierungsbeteiligung an. Insgesamt treten acht Parteien an, aber das BZÖ und die Splittergruppen „Die Gsiberger“, „Kiebitz“ und „Wir-gemeinsam.at“ haben keine Chance auf einen Landtagseinzug

Die public opinion Prognose ist: 48 Prozent VP und damit weiter LH Sausgruber, die FPÖ wird mit deutlichen Zuwächsen wieder zweitstärkste Partei, die SPÖ wird Stimmen verlieren und die Grünen werden leicht zulegen. Bundespolitisch wird das Vorarlberger Ergebnis keine großen Wellen schlagen

Oberösterreich: Deutliche Verluste für SPÖ-Haider zu erwarten – Kann LH Pühringer Zusammenarbeit mit Grünen fortsetzen oder kommt Kooperation mit FPÖ? – Hat Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner für das BZÖ Chancen auf Landtags-Einzug?

Deutlich stärkere Auswirkungen wird das oberösterreichische Landtagswahlergebnis auf die Bundespolitik haben. Bei den letzten Landtagswahlen 2003 – Oberösterreich ist das einzige Bundesland mit einer sechsjährigen Wahlperiode, in allen anderen Bundesländern und beim Nationalrat sind es fünf Jahre – konnte der überaus populistisch agierende SPÖ Spitzenkandidat Erich Haider stark vom bundesweiten SPÖ-Oppositionsbonus gegen die VP/FP-Bundesregierung und dem

Zerfall der FPÖ profitieren. Der seit 1995 amtierende VP-Landeshauptmann Josef Pühringer (60) musste sich mit dem Gegenwind im Zusammenhang mit der VÖEST-Privatisierung und der Pensionsreform herumschlagen und kam mit einem kleinen Plus auf 43,4 Prozent der Stimmen. Haider gewann 11,3 Prozent auf 38,3 Prozent hinzu, die FPÖ wurde mit einem Minus von 12,2 Prozent auf 8,4 Prozent mehr als halbiert. Die Grünen kamen mit einem Plus von 4,3 Prozent auf 9,1 Prozent und verdrängten die FPÖ vom dritten Platz. Der grüne Zugewinn führte auch dazu, dass sie mit Rudi Anschober in die Konzentrationsregierung neben ÖVP und SPÖ einziehen und ein Landesregierungsmitglied stellen konnten. LH Pühringer bildete mit Anschober die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, die auch gut funktionierte. Wäre nicht der für die Grünen ebenfalls seit über zwei Jahren negative Trend bei allen Wahlgängen, könnte Anschober gelassen dem Wahltag und der Weiterführung des schwarz-grüne Vorzeigemodells entgegensehen.

Ob schwarz-grün fortgesetzt werden kann oder durch schwarz-blau abgelöst wird ist eine der offenen Fragen des Wahlausgangs. Ziemlich sicher ist jedenfalls, dass die FPÖ – wie bei allen Wahlgängen seit Bildung der SP/VP-Koalition auf Bundesebene im Jänner 2007 – kräftig zulegen, aber nicht die Höhen erreichen wird, die sie unter Jörg Haiders Oppositionszeiten hatte. Die FPÖ wird daher aller Wahrscheinlichkeit die Grünen als Nr. 3 ablösen und ein Landesregierungsmitglied stellen.

SP Mann Erich Haider wird – dem seit Bildung der SP/VP-Bundeskoalition sichtbaren Trend der massiven Verluste bei allen wichtigen Wahlen (Landtag Niederösterreich, Tirol, Kärnten, Salzburg, Gemeinderat Graz, Arbeiterkammer, Europa, aber auch Nationalratswahl 2008 – nur hier überdeckt, dass Faymann den Kanzlersessel rettete) folgend – den Großteil seiner Zugewinne von 2003 verspielen und hat wohl keine Chance auf den LH-Thron. Er liebäugelt auch mit einer Koalition mit der FPÖ, was sich allerdings nur bei massiven FP-Gewinnen rechnerisch ausginge.

Auf die Frage, wer LH sein sollte, antworteten kürzlich bei einer Umfrage 65 Prozent Pühringer und nur 15 Prozent Haider.

Für das BZÖ, das außer in Kärnten und bei der letzten Nationalratswahl – die letzte große Wahlkampfleistung des damals noch lebenden Jörg Haider – bisher bei allen Wahlen seit Gründung 2005 erfolglos blieb und teilweise blamabel abschnitt, wird Oberösterreich ein Testfall. Wenn es nicht einmal der Schwester Jörg Haiders Ursula Haubner gelingen sollte, die 4 Prozent-Hürde und den Einzug in den Landtag zu schaffen, wird die Strategie-Debatte erneut verschärft geführt werden. Sollte es doch zu einem CDU/CSU-Modell (CSU in Bayern, in allen anderen deutschen Ländern CDU) kommen: BZÖ in Kärnten, FPÖ in allen anderen Ländern.

Die public opinion Prognose deckt sich im wesentlichen mit dem Ergebnis einer Meinungsumfrage des SORA-Instituts im Auftrag der Grünen vom Juli:

ÖVP	44 %
SPÖ	30 %
Grüne	10 %
FPÖ	12 %
BZÖ	3 %

Das oberösterreichische Wahlergebnis wird sicherlich auch wieder die SPÖ-interne Debatte anfachen, dass Faymann einen kantigeren Kurs gegen die ÖVP steuern und „Reichensteuern“ einführen soll. Beim Thema „Spekulationen durch die dem ÖVP-Finanzminister unterstehende Finanzagentur“ ist dies in den letzten Wochen auch partiell geglückt. Ein weiterer Rückfall hinter die ÖVP bei den bundesweiten Umfragen wurde vorläufig gestoppt – wie dies längerfristig aussieht, wenn man wieder in die Rituale der Gusenbauer-Molterer-Koalition zurückfällt, ist völlig offen. Eine große SP-Debatte wird es wohl erst nach der Wiener Landtagswahl im Jahr 2010 geben, die Michael Häupl nichts Gutes verheißt. Verluste von Franz Voves in der Steiermark hingegen würden von Faymann & Co. wohl ob dessen obstinater und vulgärer Kritik an den Genossen im Bund wahrscheinlich sogar klammheimlich begrüßt.

Merkel hat Chancen auf Koalition mit der FDP und das Ende der ungeliebten „großen Koalition“ – das Elend der Sozialdemokratie

Im Großen und Ganzen können die Aussagen der public opinion-Analyse vom 24. Juni zu den deutschen Wahlen unterstrichen werden. CDU/CSU, die bei der letzten Bundestagswahl nur um einen Prozentpunkt vor der SPD lagen, haben gegenwärtig mindestens 10 bis 12 Prozent Vorsprung. Während nach der Bundestagswahl 2005 eine „große Koalition“ die einzig realistische Option war, geht sich nach dem 27. September auch die von CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel und FDP-Spitzenmann Guido Westerwelle offiziell gewünschte „kleine Koalition“ aus.

Eine von der ARD am 14. August veröffentlichte Umfrage kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie Allensbach in der FAZ und die „Süddeutsche“ mit sinkender Tendenz für die SPD (in Klammer das Wahlergebnis 2005):

CDU/CSU	37 (35,2)
SPD	22 (34,2)
FDP	15 (9,8)
Grüne	12 (8,1)
Linke	9 (8,7)

Für die SPD sind die Ergebnisse desaströs und zeigen – wie auch in Österreich und in anderen Staaten Europas – das internationale Elend der Sozialdemokratie, die offenbar keine glaubwürdige Antwort auf die Wirtschaftskrise geben kann. Dennoch hat die SPD noch gewisse Aufholchancen – über 30 Prozent der Befragten gibt an, noch unentschieden zu sein, darunter überproportional viele frühere SPD-Wähler.

Bemerkenswert ist auch, dass die Linkspartei von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi in den letzten Monaten ebenfalls stark abgebaut hat, während die FDP ein Comeback feiert – auch eine Resultante der Antworten auf die Krise? Die FDP stellt sich jedenfalls als Gralshüter der Marktwirtschaft und Warner vor zuviel Staatseingriffen dar und wirft CDU/CSU hier eine zu sozialdemokratische Position vor. Interessant ist jedenfalls, dass die große Popularität von Angela Merkel bislang für CDU/CSU nur in bescheidenen Zuwächsen zu Buche schlägt. In der Frage der Direktwahl-Präferenz deklassiert Merkel SPD-Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier mit 62:23.

In der vorhin zitierten Umfrage ist Wirtschaftsminister Guttenberg mit 2,1 vor Merkel mit 2,0 der beliebteste deutsche Politiker. Es folgen mit Respektabstand die dritte CDU/CSUlerin Ursula von der Leyen mit 1,0 und als erster Sozialdemokrat der Finanzminister Peer Steinbrück. Steinmeier liegt mit 0,8 erst an fünfter Stelle.

Bemerkenswert auch die nach wie vor bestehende Teilung in „West-“ und „Ostdeutschland“. In alten wie neuen Ländern aber ist die Union stärkste Partei, gefolgt von der SPD. Im Osten liegen die Linken auf Rang drei, im Westen auf dem fünften Platz. Im Westen kämen CDU/CSU demnach auf 39 Prozent, die SPD auf 21 Prozent, FDP auf 16 Prozent und Grüne auf 13 Prozent. Die Linken liegen bei sechs Prozent. Im Osten wird die CDU bei 31 Prozent taxiert, die SPD bei 23 Prozent und die Linken bei 22 Prozent. Hier liegt die FDP bei zehn Prozent, die Grünen bei acht Prozent.

30. August: Drei CDU-Ministerpräsidenten am Prüfstand

Ein wichtiges Stimmungsbarometer für die Bundestagswahlen im September werden die Landtagswahlen in drei deutschen Bundesländern am 30. August sein. Überall müssen CDU-Ministerpräsidenten ihre Mehrheit verteidigen – im Saarland Peter Müller, in Sachsen Stanislaw Tillich, der Georg Millbradt und Kurt Biedenkopf nachgefolgt ist, und in Thüringen Dieter Althaus, der zu Jahresbeginn in der Steiermark in einen Schiunfall mit tödlichem Ausgang verwickelt war und selbst schwer verletzt wurde. Im Saarland, der Heimat von Oskar Lafontaine, der dort selbst bereits

für die SPD Ministerpräsident war, wird überdies mit Spannung das Abschneiden der von ihm geführten Linkspartei, die dort erstmals antritt, erwartet.

Bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 erhielten die Parteien folgende Prozentpunkte

Saarland

CDU	47,5 %
SPD	30,8 %
Grüne	5,6 %
FDP	5,2 %

Der Rest entfiel auf Sonstige, u.a. die NPD mit 4,0 Prozent, die an der 5 Prozent-Hürde scheiterte.

Sachsen

CDU	41,1 %
SPD	9,8 %
PDS	23,6 %
FDP	5,9 %
Grüne	5,1 %
NPD	9,2 %

Hier wurden die Rechtsradikalen, die in den Landtag einzogen, nahezu so stark wie die SPD, die gegenüber der postkommunistischen Linken nahezu marginalisiert wurde.

Thüringen

CDU	43,0 %
SPD	14,5 %
PDS	26,1 %

Alle anderen Parteien – Grüne, FDP und Rechtsradikale – scheiterten an der 5 Prozent-Klausel.

Für Thüringen ergab eine Forsa-Umfrage vom Juli folgendes Ergebnis (in Klammer ein für die CDU etwas schlechteres Ergebnis einer Infratest-Dimap-Umfrage aus etwa demselben Zeitraum)

CDU	40 (34)
Linke	24 (24)
SPD	16 (20)
Grüne	6 (6)
FDP	6 (9)

In Sachsen kommt die CDU laut Infratest-Dimap auf 39 Prozent vor der Linken mit 19 und der SPD mit 15 Prozent. Die FDP kommt auf 12, die Grünen auf 6 und die NPD auf 5 Prozent.

Am 27. September wählen auch Brandenburg und Schleswig-Holstein

Am selben Tag wie die Bundestagswahlen werden auch Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein abgehalten.

In Brandenburg regierte eine SPD geführte Koalition mit Ministerpräsident Matthias Platzeck und der CDU als Juniorpartner – der 2006 auch Kurzzeit-SPD-Bundesvorsitzender war und diese Funktion nach einem Gehörsturz wegen der Doppelbelastung zurücklegte. In Brandenburg hat er aber alle Chancen auf eine Wiederwahl. Die Ausgangslage (letztes Landtagswahlergebnis) ist:

SPD 31,9 %
CDU 19,4 %
Linke 28,0 %
DVU (rechtsextrem) 6,1 %
Grüne 3,6 %
FDP 3,3 %

In Schleswig-Holstein beendete der CDU-Ministerpräsident Harry Carstensen vorzeitig die große Koalition mit der SPD, sodass es gemeinsam mit der Bundestagswahl zu Landtagswahlen kommt. Die Ausgangslage in diesem Bundesland, in dem es nach dem Scheitern der SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis immer wieder zu politischen Scharmützeln kam, ist laut letztem Landtagswahlergebnis (in Klammer die Anzahl der Mandate):

CDU 40,2 % (30)
SPD 38,7 % (29)
FDP 6,6 % (4)
Grüne 6,2 % (4)
SSW 3,6 % (2)

Für den SSW (Südschleswiger Wählerverband) – die Partei der dänischen Minderheit – gilt die 5-Prozentklausel nicht, sodass sie mit ihren zwei Mandaten oft Zünglein auf der Waage spielt.

Es ist zu erwarten, dass die CDU mit Carstensen stärkste politische Kraft wird und sich dann eine Koalition mit der FDP ausgeht.

Eine erste Umfrage nach dem nicht ganz eleganten Koalitionsbruch in Schleswig-Holstein durch Ministerpräsident Carstensen zeigt folgende Momentaufnahme: CDU 32, SPD 23, FDP 17 und Grüne 15 Prozent. Es ist zu erwarten, dass die CDU noch etwas zulegt.

Rückfragen bitte an Herwig Hösele +43 664 18 17 481 bzw. herwig.hoesele@publicopinion.at